

Niederschrift

Gremium	Sitzung - VW/008(VI)/15			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Verwaltungsausschuss	Freitag, 29.05.2015	Hasselbachsaal	15:00Uhr	16:00Uhr

Leitung: Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper
Teilnehmer: siehe Anwesenheit

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 10. 04. 2015 - öffentlicher Teil T0054/15
- 4 Beschlussvorlagen und Informationen
- 4.1 Kommunalwirtschaft Sachsen-Anhalt GmbH & Co. Beteiligungs-KG (KOWISA KG)
BE: Bürgermeister DS0151/15
- 4.2 Interkommunale Zusammenarbeit I0125/15
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
- 5 Anträge
- 5.1 Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene unterzeichnen A0021/15
SPD-Stadtratsfraktion

5.1.1	Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene unterzeichnen BE: Oberbürgermeister	S0045/15
5.2	Englischsprachige Ansagen in den Fahrzeugen der MVB Fraktion CDU/FDP/BfM	A0145/14
5.2.1	Englischsprachige Ansagen in den Fahrzeugen der MVB BE: Bürgermeister	S0244/14
5.3	Unterstützung Gemeinwesenarbeit Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0010/15
5.3.1	Unterstützung Gemeinwesenarbeit SPD-Stadtratsfraktion	A0010/15/1
5.3.2	Unterstützung Gemeinwesenarbeit BE: Bürgermeister	S0054/15
5.4	Telefon-Warteschleife mit Telemann-Musik Fraktionen DIE LINKE/Gartenpartei und CDU/FDP/BfM	A0013/15
5.4.1	Telefon-Warteschleife mit Telemann-Musik BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung	S0037/15
5.5	Neufassung der Geschäftsordnung des Stadtrates SPD-Stadtratsfraktion Fraktion CDU/FDP/BfM	A0028/15
5.5.1	Neufassung der Geschäftsordnung des Stadtrates Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0028/15/1
5.5.2	Neufassung der Geschäftsordnung des Stadtrates Fraktion CDU/FDP/BfM, SPD-Stadtratsfraktion	A0028/15/2
5.5.3	Neufassung der Geschäftsordnung des Stadtrates BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung	S0076/15
5.6	Auslegung von Unterschriftenlisten einheitlich und nachvollziehbar gestalten Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei	A0038/15
5.6.1	Auslegung von Unterschriftenlisten einheitlich und nachvollziehbar gestalten BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung	S0097/15
6	Verschiedenes	

Anwesend:

Vorsitzende/r

Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Frank Schuster

Stadtrat Hans-Jörg Schuster

Stadtrat Wigbert Schwenke

Stadtrat Reinhard Stern

Stadtrat Dr. Falko Grube

Stadtrat Hugo Boeck

Stadtrat Frank Theile

Vertreter

Stadtrat Denny Hitzeroth

Stadträtin Andrea Nowotny

Stadträtin Beate Wübbenhorst

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Timo Gedlich

Stadtrat Olaf Meister

Geschäftsführung

Frau Andrea Behne

Herr Mike Eve

i.V.f. SR Rösler

i.V.f. SR Müller

i.V.f. SR Jens Hitzeroth

Abwesend:

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Jens Hitzeroth

Stadtrat Jens Rösler

Stadtrat Oliver Müller

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Stadtrat Meister, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, unterbreitet den Vorschlag, den TOP 5.5 – A0028/15 – Neufassung der Geschäftsordnung des Stadtrates – zu vertagen. Begründend führt er aus, dass die Behandlung des Antrages im Ausschuss KRB auf Grund noch bestehenden Abstimmungsbedarfes der Fraktionen zu den vorliegenden Änderungsanträgen ebenfalls vertagt wurde.

Stadtrat Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion, bittet darum, die unter TOP 9 vorgesehene Abstimmung zu einer Personalangelegenheit ebenfalls auf die nächste Sitzung zu vertagen, da auch hier noch Beratungsbedarf seiner Fraktion besteht.

Die so geänderte Tagesordnung wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses bestätigt.

3. Genehmigung der Niederschrift vom 10. 04. 2015 - öffentlicher Teil Vorlage: T0054/15

Die Niederschrift der Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 10. 04. 2015 –öffentlicher Teil – wird mit 10 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme bei 3 Enthaltungen genehmigt.

4. Beschlussvorlagen und Informationen

4.1. Kommunalwirtschaft Sachsen-Anhalt GmbH & Co. Beteiligungs-KG (KOWISA KG) Vorlage: DS0151/15

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Leiter der Beteiligungsverwaltung Herr Koch teil.

Seitens der Mitglieder des Verwaltungsausschusses besteht kein Diskussionsbedarf.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 13 Ja-Stimmen einstimmig dem Stadtrat, die DS0151/15 in seiner Sitzung am 25. 06. 2015 zu beschließen.

4.2. Interkommunale Zusammenarbeit Vorlage: I0125/15

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung (Bg I) Herr Platz teil.

Erläuternd zur Information verweist der Beigeordnete Herr Platz auf die verschiedenen Kategorien der einzelnen Maßnahmen, die einen Überblick über die Aktivitäten der Interkommunalen Zusammenarbeit geben.

In diesem Zusammenhang wirft er die Frage auf, ob die bisherige Form der Darstellung auch weiterhin das geeignete Mittel zur Information über die laufenden Aktivitäten sei. Wenn keine andere Informationsform gewünscht wird, werde jedoch auch zukünftig weiter so verfahren.

Auf Nachfrage des Stadtrates Theile, Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei, zum Hintergrund der Information verweist Stadtrat Stern, Fraktion CDU/FDP/BfM, auf den Zusammenhang mit Eingemeindungen.

Stadtrat Meister, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bezeichnet die Information als sehr umfangreich im Hinblick auf den möglichen geringen Nutzen. Für ihn spricht nichts dagegen, eine kompaktere Darstellungsform zu wählen.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Information zur Kenntnis.

5. Anträge

5.1. Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene unterzeichnen Vorlage: A0021/15

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt die Leiterin des Amtes für Gleichstellungsfragen Frau Ponitka teil.

In ihren grundsätzlichen Ausführungen zur Thematik verweist Frau Ponitka darauf, dass in der Stadt Magdeburg bereits seit Jahren nach den in der Stellungnahme benannten Schwerpunkten zur Umsetzung der Europäischen Charta gearbeitet wird und hierzu konkrete Maßnahmen, wie z.B. die Umsetzung des Frauenförderplanes, vorgelegt wurden.

Insbesondere verweist sie auf ihre bereits im Stadtrat zu dieser Thematik gemachten Ausführungen.

Stadtrat Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion, stellt klar, dass das Anliegen des Antrages seiner Fraktion nicht als Kritik an der Stadt angesehen werden soll. Er bezeichnet es als erfreulich, dass die erforderlichen Aktivitäten zur Umsetzung des Antrages noch in diesem Jahr erfolgen werden.

Stadtrat Theile, Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei, nimmt Bezug auf den Beschluss des Stadtrates Nr. 1416-48(IV)07 und zitiert aus dem Beschlusstext die Beauftragung des Oberbürgermeisters, „...den Beitritt der Landeshauptstadt Magdeburg durch die Unterzeichnung der Urkunde zur Charta beim Rat der Gemeinden und Regionen (RGRE) in Brüssel zu bekunden“.

Er wirft die Frage auf, wieso trotz dieses Beschlusses eine nochmalige Beauftragung erforderlich sei. Mit dem Hinweis, dass hiermit der vorliegende Antrag gegenstandslos sei, erklärt er, dem vorliegenden Antrag nicht zuzustimmen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 8 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen dem Stadtrat, den Antrag A0021/15 der SPD-Stadtratsfraktion in seiner Sitzung am 25. 06. 2015 zu beschließen.

- 5.1.1. Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene unterzeichnen
Vorlage: S0045/15
-

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

- 5.2. Englischsprachige Ansagen in den Fahrzeugen der MVB
Vorlage: A0145/14
-

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Leiter der Beteiligungsverwaltung Herr Koch teil.

Stadtrat Schwenke, Fraktion CDU/FDP/BfM, informiert, dass sich seine Fraktion sehr erfreut zeigt, hinsichtlich der positiven Stellungnahme der Verwaltung und der Aussage der Magdeburger Verkehrsbetriebe GmbH.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 13 Ja-Stimmen einstimmig dem Stadtrat, den Antrag A0145/15 der Fraktion CDU/FDP/BfM in seiner Sitzung am 25. 06. 2015 zu beschließen.

- 5.2.1. Englischsprachige Ansagen in den Fahrzeugen der MVB
Vorlage: S0244/14
-

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

- 5.3. Unterstützung Gemeinwesenarbeit
Vorlage: A0010/15

- 5.3.1. Unterstützung Gemeinwesenarbeit
Vorlage: A0010/15/1
-

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Leiter der Beteiligungsverwaltung Herr Koch teil.

Stadtrat Meister, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, trifft die Feststellung, dass sich die Stellungnahme der Verwaltung im Grunde positiv darstellt. Im Folgenden wäre jedoch zu klären, wie eine Änderung der Förderrichtlinie vorgenommen werden kann, um eine Übertragung der Restmittel zu regeln.

Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass die zur Verfügung stehenden Mittel für die jährliche Arbeit der GWA's genutzt werden sollen. Zielstellung könne nicht sein, Gelder zu sammeln und damit Großprojekte der Gemeinwesenarbeit zu unterstützen.

Stadtrat Schwenke, Fraktion CDU/FDP/BfM, sieht das beantragte Verfahren kritisch und hält es nicht für erforderlich, das bisherige Verfahren hinsichtlich der Nichtübertragung von Restmitteln zu ändern. Er legt seine Auffassung dar, dass in den GWA's keine finanziellen Mittel übrig bleiben.

Hierzu merkt der Oberbürgermeister an, dass sich, wenn keine Mittel mehr vorhanden sind, der vorliegende Antrag dann erledigt hätte.

Stadtrat Theile, Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei, bringt seine Überraschung hinsichtlich der Stellungnahme der Verwaltung zum Ausdruck. Er legt seine Auffassung dar, dass den GWA's in einem gewissen Umfang die Übertragung ermöglicht werden sollte. Wenn dies technisch machbar sei, dann sollte man das Anliegen des Antrages unterstützen. Es müsse aber einem Ansammeln von Geldern entgegen gewirkt werden.

Der Oberbürgermeister führt aus, dass ein solches Verfahren der jährlichen Haushaltsführung widerspricht und merkt an, dass für Übertragungen immer eine Begründung gegeben werden muss.

In seinen Ausführungen verweist Stadtrat Denny Hitzeroth, SPD-Stadtratsfraktion, darauf, dass manche GWA's mehr Projekte im Jahr als andere haben und auf Restmittel angewiesen sind. Er spricht sich für eine Übertragung dieser Restmittel aus.

Klarstellend legt Stadtrat Meister, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dar, dass es nicht um hohe Beträge geht. Die Höhe der Beträge soll begrenzt sein und auch nicht über Jahre angesammelt werden.

Stadtrat Theile, Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei, führt beispielhaft den Sachverhalt an, dass ein geringer Restbetrag für ein sinnvolles Projekt nicht mehr ausreichend ist, jedoch im Folgejahr erforderlich sein könnte. Er äußert, dass man sich darauf einigen sollte, bestimmte Beträge, z.B. max. 50 Euro, übertragen zu können.

Hierzu verweist Stadtrat Stern, Fraktion CDU/FDP/BfM, auf den erforderlichen Verwaltungsaufwand, der für eine so verhältnismäßig geringe Summe zu erbringen ist. Er macht auf die mögliche Gefahr aufmerksam, dass einige Projekte der GWA's für zukünftige Großprojekte blockiert werden könnten und spricht sich für die Beibehaltung der bisherigen Verfahrensweise aus.

Stadtrat Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion, sieht es nicht als sinnvoll an, für einen Betrag von 50 Euro eine Änderung der Verfahrensweise vorzunehmen. Er legt seine Auffassung dar, dass sich darauf geeinigt werden könnte, übrige Mittel als Haushaltsausgabereste im Folgejahr dem Budget für die GWA's zuzuführen und dann entsprechend zu verteilen. Diese Mittel müssen jedoch für den kommenden Haushalt benötigt werden.

Der Oberbürgermeister verweist auf die Möglichkeit für die GWA's, im Vorfeld anstehender Großprojekte im vorangehenden Jahr weniger Mittel und für das Jahr, in dem das Großprojekt ansteht, mehr Mittel anzumelden.

Dies könne im Rahmen der Haushaltsberatung beschlossen werden.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 3 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen dem Stadtrat, den Änderungsantrag A0010/15/1 der SPD-Stadtratsfraktion in seiner Sitzung am 25. 06. 2015 nicht zu beschließen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 5 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen, ohne Enthaltung dem Stadtrat, den Antrag A0010/15 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in seiner Sitzung am 25. 06. 2015 nicht zu beschließen.

5.3.2. Unterstützung Gemeinwesenarbeit
Vorlage: S0054/15

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

5.4. Telefon-Warteschleife mit Telemann-Musik
Vorlage: A0013/15

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 11 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme bei 2 Enthaltungen dem Stadtrat, den Antrag A0013/15 der Fraktionen DIE LINKE/Gartenpartei und CDU/FDP/BfM in seiner Sitzung am 25. 06. 2015 zu beschließen.

5.4.1. Telefon-Warteschleife mit Telemann-Musik
Vorlage: S0037/15

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

- 5.5. Neufassung der Geschäftsordnung des Stadtrates
Vorlage: A0028/15
- 5.5.1. Neufassung der Geschäftsordnung des Stadtrates
Vorlage: A0028/15/1
- 5.5.2. Neufassung der Geschäftsordnung des Stadtrates
Vorlage: A0028/15/2
- 5.5.3. Neufassung der Geschäftsordnung des Stadtrates
Vorlage: S0076/15
-

vertagt

- 5.6. Auslegung von Unterschriftenlisten einheitlich und nachvollziehbar gestalten
Vorlage: A0038/15
-

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung (Bg I) Herr Platz teil.

Stadtrat Theile, Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei, zeigt sich überrascht über die Stellungnahme der Verwaltung auf Grund der Auslegung des § 26 Abs. 3 KVG Sachsen-Anhalt. Er legt seine Auffassung dar, dass diese gesetzliche Regelung auch anders ausgelegt werden kann. So könne auch herausgelesen werden, dass die Verwaltung personell und finanziell nicht überfordert werden darf. Diese Auffassung werde auch von seiner Fraktion geteilt. Nicht geteilt werde die Auffassung, dass der Oberbürgermeister entscheidet, durch wen eine Auslegung erfolgen darf.

Eingehend auf die Beratung des Antrages im Ausschuss KRB bezeichnet er den Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die Formulierung – der Oberbürgermeister wird beauftragt – durch „wird gebeten“ als sachdienlich und bittet um Zustimmung zum Antrag.

Begründend zum Antrag informiert er über das Anliegen der Fraktion, Kriterien zu erhalten, die regeln, wer wann, wo und was auslegen darf, damit der Stadtrat hier mitbestimmen kann und diese Entscheidung nicht nur in der Kompetenz des Oberbürgermeisters liegt.

Der Beigeordnete Herr Platz merkt an, dass es nicht darum gehe, die Auslegung von Unterschriftenlisten nicht zu wollen. Seitens des Rechtsamtes besteht jedoch die Überzeugung, der sich auch der Ausschuss KRB angeschlossen hat, dass hier die Zuständigkeit dem Oberbürgermeister obliegt.

Herr Platz informiert über die Möglichkeit, eine entsprechende Dienstanweisung mit den Kriterien für ein Auslegungsverfahren durch den Oberbürgermeister zu erlassen, welche den Fraktionen zur Kenntnis und zur Diskussion gegeben wird. Er verweist nochmals darauf, dass es sich bei der Problematik um eine Angelegenheit in der Zuständigkeit des Oberbürgermeisters handelt.

Stadtrat Theile, Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei, merkt an, dass der Oberbürgermeister gebeten werden soll, ein geordnetes Verfahren zu schaffen. In welcher Form dies erfolgt, bleibe abzuwarten. Zum aufgezeigten Weg trifft er die Aussage, dass hier die Verwaltung tätig werden soll. Vielleicht ist damit das Anliegen des Antrages erfüllt.

Im Ergebnis der Diskussion führt der Oberbürgermeister zusammenfassend aus, dass seitens der Verwaltung eine entsprechende Dienstanweisung erarbeitet wird, welche den Fraktionen zur Kenntnis und Diskussion gegeben wird. Er merkt an, dass jedoch eine entsprechende Anweisung seitens der Fraktionen nicht gegeben werden kann. Entsprechend Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, unterstützt von Stadtrat Theile, Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei, ist im Satz 1 des Antragstextes das Wort „beauftragt“ durch „*gebeten*“ zu ersetzen. Ebenso könne Absatz 2 des Antragstextes gestrichen werden. Absatz 1, letzter Satz wird wie folgt ergänzt:

... Kriterien bindet, *diese werden dem Verwaltungsausschuss zur Kenntnis gegeben.*

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses stimmen den Änderungen einstimmig zu.

Somit hat sich eine Abstimmung zum Ursprungsantrag erübrigt.

Hinweis: Die Änderungen werden als Änderungsantrag A0038/1571 des Verwaltungsausschusses dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorgelegt.

5.6.1. Auslegung von Unterschriftenlisten einheitlich und nachvollziehbar gestalten
Vorlage: S0097/15

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

6. Verschiedenes

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Wortmeldungen vor.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Dr. Lutz Trümper
Vorsitzender

Andrea Behne
Schriftführerin